

Pressemitteilung

"Eintrübung der Baukonjunktur in Thüringen" Bauwirtschaft erwartet keinen Rückgang der Baupreise

Erfurt, 25.08.2022

Auch im Internet abrufbar: www.bauindustrie-mitte.de

Nach Mitteilung des Thüringer Landesamtes für Statistik wurde von Januar bis Juni 2022 in den Betrieben des Thüringer Bauhauptgewerbes mit im Allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen ein baugewerblicher Umsatz in Höhe von 1,1 Milliarden Euro erarbeitet. Das waren 121,2 Millionen Euro (plus 12,9 Prozent) mehr als im Vorjahr (bei 2 Betrieben und 267 tätigen Personen weniger sowie 1 Arbeitstag mehr). In allen Bauarten lag der baugewerbliche Umsatz deutlich über den Vorjahreswerten. Der baugewerbliche Umsatz je tätiger Person stieg auf 74 677 Euro (plus 9 772 Euro; plus 15,1 Prozent). Der öffentliche und Straßenbau verzeichnete beim Umsatz mit einem Plus von 38,6 Millionen Euro (plus 8,0 Prozent) den größten Umsatzzuwachs. Die Auftragseingänge der Betriebe des Thüringer Bauhauptgewerbes erreichten in den ersten 6 Monaten 2022 eine Höhe von 1,2 Milliarden Euro. Insgesamt waren die Auftragseingänge um 93,1 Millionen Euro (plus 8,4 Prozent) höher als im 1. Halbjahr 2021. Wertmäßig und prozentual erhielt der öffentliche und Straßenbau mit 625,0 Millionen Euro die höchsten Auftragseingänge. Sie überstiegen das Vorjahr um 76,6 Millionen Euro (plus 14,0 Prozent). Im Wohnungsbau fielen die Auftragseingänge mit 130,3 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahreszeitraum (-2,6 Millionen Euro; -1,9 Prozent) etwas niedriger aus.

"Im Bauhauptgewerbe wurde im Juni dieses Jahres 1.547.000 Arbeitsstunden geleistet, das waren 8,8 Prozent weniger als im Juni 2021, die Zahl der Beschäftigten ging im jüngsten Juni von 14.252 um 1,9 Prozent zurück im Vergleich mit dem Vorjahresmonat. Während die Daten zu Umsätzen und Auftragseingängen an die allgemeine Preis- und Kostenentwicklung gebunden sind, zeigen die diese Zahlen die Situation unverzerrt. Die Eintrübung der Baukonjunktur in Thüringen ist sichtbar", kommentiert Burkhard Siebert, Hauptgeschäftsführer des Bauindustrieverbandes Hessen-Thüringen in Erfurt die neuesten Daten des Statistischen Landesamtes: "Und im ersten Halbjahr dieses Jahres wurden im Freistaat 2.515 Baugenehmigungen erteilt. Im ersten Halbjahr 2021 waren es 2.815. Dies bedeutet einen Rückgang von fast 11 Prozent. Noch deutlicher war der Rückgang bei Baugenehmigungen von Wohngebäuden hier sank die Zahl von 2.130 im ersten Halbjahr 2021 auf 1.852 im gleichen Zeitraum 2022. Das bedeutet einen effektiven Rückgang um etwa 13 Prozent."

Die Preissteigerungen bei Baumaterialien liegen im Juli - trotz einer gewissen Beruhigung - deutlich über dem Vorjahresniveau. So lag der Erzeugerpreis für Dieselmotoren, der für Straßen- und Schienenfahrzeuge benötigt wird, im Juli immer noch um 42,7 Prozent über dem Vorjahresniveau. Der Preis für Bitumen aus Erdöl lag im Juli um 49,3 Prozent über dem Niveau von Juli 2021. Dies wirkt sich auf den Preis für Asphalt aus, der im Juli binnen Monatsfrist um weitere 1,5 Prozent gestiegen ist und mittlerweile um 32,4 Prozent über dem Vorjahr liegt. Die Materialengpässe haben sich auch auf die Stahlpreise ausgewirkt: Der Preis für Betonstahl in Stäben lag im Juli um 23,5 Prozent über dem Vorjahreswert, die Preise für Betonstahlmatten und für offene Profile legten um 45,5 Prozent bzw. 50,2 Prozent zu. Gründe für die deutlichen Preisanstiege sind begrenzte Lieferkapazitäten der Hersteller, aber auch fehlende Transportkapazitäten. Gleichzeitig wurden bei den Erzeugern aufgrund der stark gestiegenen Energiekosten Kapazitäten abgebaut oder Produktionen eingestellt. Zusätzlich gibt es Staus von Frachtschiffen und überfüllte Depots in Häfen. "Für Bauunternehmen liegt das Problem von unerwartet starken Preissteigerungen darin, dass diese nicht oder nur in Ausnahmefällen an die

Auftraggeber weitergegeben werden können - sofern keine Preisgleitung vereinbart wurde. Dieses Risiko kann zwar durch langfristige Lieferverträge oder über Kostenpuffer im Angebot abgesichert werden. Aber das ist bei der ausgesprochen volatilen Preisentwicklung, bei steigendem Konkurrenzdruck und der Neigung öffentlicher Auftraggeber, das billigste Angebot anzunehmen, selten möglich", so Burkhard Siebert: "Für 2022 ist eine weitere Baupreissteigerung wahrscheinlich: Die Prognosen der entsprechenden Forschungsinstitute für die gesamten Bauinvestitionen liegen im Durchschnitt mittlerweile bei 11,7 Prozent."